Front gegen die Spitalpläne bröckelt

KSBL-Showdown im Landrat: FDP und GLP wollen Zwei-Standort-Strategie zurückweisen. Doch frühere Kritiker machen nicht mehr mit.

Hans-Martin Jermann

Das Baselbiet steht kurz vor dem wichtigsten politischen Entscheid seit Jahren: Morgen entscheidet der Landrat über die künftigen Standorte und Grossinvestitionen des Kantonsspitals Baselland (KSBL). Eine gefestigte Haltung hat sich im Parlament allerdings trotz zwei Dutzend Kommissionssitzungen nicht gebildet. Die von der Regierung vorgelegte Zwei-Standort-Strategie mit Erhalt und der Erneuerung der Spitäler Liestal und Bruderholz kam in der landrätlichen Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission (VGK) in einer ersten Abstimmung nur dank Stichentscheid der Präsidentin durch; nach Anpassungen stimmte die VGK mit 8 zu 5 Stimmen zu.

Da erstaunt es nicht, dass Kritiker die Vorlage anlässlich der Spitaldebatte am Donnerstag an die Regierung zurückweisen wollen. «Wir finden, der Gesundheitsraum muss grösser gedacht und die Zukunft des KSBL gemeinsam mit anderen Institutionen der Region geplant werden», sagt FDP-Fraktionschef Alain Bai. Aus seiner Sicht werden mit dem Erhalt zweier grosser stationärer Spitäler die teuren Überkapazitäten in der Region buchstäblich zementiert. Die FDP wird bis auf Ausnahmen für Rückweisung votieren, die GLP als einzige Fraktion sogar geschlossen.



So ungefähr soll das neue Spital auf dem Bruderholz aussehen. Ob es gebaut werden soll, ist allerdings umstritten. Visualisierung: zvg

SVP: «Sehen keinen realistischen Plan B»

Allerdings bröckelt diese Nein-Front: SVP-Landrat und VGK-Mitglied Stefan Meyer war anfänglich angetan von der Ein-Standort-Strategie mit einem von Grund auf neuen Zentrumsspital. Der evaluierte Standort Pratteln hat sich indes weder als finanziell vorteilhaft noch politisch mehrheitsfähig erwiesen. Nun sagt Meyer: «Ich kann mittlerweile hinter der Vorlage mit Liestal und Bruderholz stehen. Einen realistischen Plan B sehe ich nicht.»

Meyer hofft, eine Mehrheit der SVP-Fraktion von dieser Meinung zu überzeugen. Ähnlich ist die Stimmung in der Grünen/EVP-Fraktion, bei denen es ebenfalls von Beginn weg divergierende Meinungen gab. Es sei allgemein bekannt, dass die Spitalinfrastruktur in Liestal und auf dem Bruderholz veraltet sei, führt Fraktionschef Stephan Ackermann aus. «Es ist ein Gebot der Fairness dem KSBL und seinen Mitarbeitenden gegenüber, dass wir nun zu einem Entscheid kommen.» Demnach dürfte die beantragte Rückweisung abgelehnt werden. Die Zwei-Standort-Strategie wird von der SP geschlossen und von der Mitte-Fraktion grossmehrheitlich unterstützt.

Sowohl Meyer als auch Ackermann finden, dass die Vorlage in der VGK sowie der mitberichtenden Finanzkommission stark verbessert worden sei. Die finanzielle Absicherung des KSBL wurde aufgestockt, die politische Kontrolle verschärft. Die VGK verlangt verbindlich, dass die Verlagerung hin zu ambulanten Behandlungen forciert und die gemeinsame Planung mit Basel-Stadt verbessert wird. Zudem sollen Regierung und Parlament erst später über die Erneuerung des Bettenhauses in Liestal entscheiden.

GLP will nur ein Spital – doch wo soll es stehen?

«Die VGK hat berechtigte Anliegen der Kritiker ernst genommen und wesentliche Punkte in die Vorlage aufgenommen», sagt Mitte-Landrat und VGK-Mitglied Marc Scherrer. Das nun vorliegende Paket sei nicht nur die wirtschaftlich günstigste, sondern auch die für die Gesundheitsversorgung sinnvollste der geprüften Varianten.

Das überzeugt nicht alle: «Die Vorlage ist minim besser, aber noch immer nicht gut», sagt GLP-Sprecher Tim Hagmann. Er kritisiert, dass beide KSBL-Standorte bestehen bleiben, und will mit einem Antrag in der Detailberatung verhindern, dass diese im Landratsbeschluss namentlich festgesetzt werden. Die GLP legt zudem Vorstösse vor für den Fall, dass der Landrat die Vorlage wider Erwarten zurückweist. Diese sehen ein starkes Regionalspital vor, das in Liestal stehen könnte. Zudem sollen ein freier Zugang zum Unispital Basel gewährleistet und ambulante Angebote ausgebaut werden.

Er sei offen für Vorschläge, vom Plan der GLP halte er aber wenig, betont SVP-Landrat Meyer, der als Gesundheitsökonom tätig ist: «Den Rückzug auf den Standort Liestal haben wir geprüft. Er funktioniert nicht.» Das KSBL würde massiv Patienten verlieren. «Und der Kanton verliert noch mehr den Einfluss darauf, wo und in welchem Umfang sich die Baselbieter behandeln lassen. Wir würden uns der Überversorgung in Basel-Stadt ausliefern», kritisiert Meyer.

Für SP-Fraktionschef Adil Koller sind die Alternativen Ablenkungsmanöver. Mehr Zusammenarbeit mit Basel-Stadt und mit Solothurn sei wünschenswert. Tatsache sei aber, dass die Nachbarkantone jüngst viel Geld in ihre Spitäler gesteckt hätten. «Wir müssen endlich ins Handeln kommen», findet Koller. Es seien alle Varianten rauf und runter geprüft worden. «Jene, die auf dem Tisch liegt, sichert eine gute und zahlbare Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung.»

KSBL-Lobbying stösst auf Kritik

Kurz vor der entscheidenden Parlamentsdebatte sorgt das Lobbying des KSBL-Verwaltungsrats rund um Präsidentin Barbara Staehelin für Wirbel. Dieser hat eine Broschüre an sämtliche 90 Landrätinnen und Landräte verschickt, in der das KSBL sowie seine Finanzzahlen vorgestellt und die Folgen des anstehenden Entscheids aufgezeigt werden. Zudem haben die KSBL-Spitzen den Parlamentariern offenbar ein persönliches Gespräch angeboten. Dies stösst im Landrat auf Kritik – etwa bei Tim Hagmann (GLP). «Da versucht ein Unternehmen im Eigentum des Kantons direkt Einfluss zu nehmen auf einen Parlamentsentscheid, in dem es um seine eigene Finanzierung und Standorte geht.»

In der Kritik steht auch Gesundheitsdirektor Thomi Jourdan, der diese «Lobbying-Aktion» wohl mitgetragen habe. Hagmann möchte in der Fragestunde in der Landratssitzung vom Donnerstag Antworten haben. Teilweise hat Jourdan diese in einem Interview in der «Basler Zeitung» von gestern bereits gegeben: «Ich finde es legitim, dass sich der Verwaltungsrat für seinen Betrieb einsetzt.» Das erwähnte Gesprächsangebot könne jede und jeder ablehnen, findet Jourdan. *(haj)*



KSBL-Präsidentin Barbara Staehelin. Bild: Juri Junkov

Die kleine Chronik des grossen Baselbieter Spitalstreits

Erst vertrieben die Basler die Baselbieter Patienten aus der Stadt, dann bauten die Baselbieter auf dem Bruderholz. Seither streiten sie darüber.

Andreas Schwald

Ein Spital zu bauen, ist keine einfache Sache. Ein Spital zu zügeln erst recht nicht: Das sollte nicht unter laufendem Betrieb geschehen, sondern vom einen Tag auf den anderen. Auch das ist ein Grund, warum der Neubau eines Spitals in Pratteln bei der Baselbieter Regierung auf wenig Anklang stösst. Mit der voraussichtlichen Fixierung des bestehenden Betons schreibt das Baselbiet eine Spitalgeschichte fort, die stets von Territorialfragen bestimmt war. Im Mittelpunkt: das Bruderholz.

1962: Die «Trutzburg» nimmt den Betrieb auf

Das Baselbiet hatte schon ab dem Mittelalter seine Spitäler, ein «Oberes» und ein «Unteres». Beide befanden sich in Liestal, aber damals gab es auch die Kantonstrennung noch nicht; alles gehörte zu Basel. Anlässlich der Kantonstrennung wurden 1834 beide Standorte zum «Landarmenspital» zusammengelegt, quasi eine erste Spitalfusion.

Dann geschah etwas, was für heute entscheidend bleibt: 1947 hob der Kanton Basel-Stadt seine Spitaltaxen empfindlich an. Und zwang damit das Baselbiet, sich selber um seine Patienten zu kümmern. Plötzlich wurde es für jene aus dem Bezirk Arlesheim deutlich teurer, nach Basel ins Spital zu gehen. Die Patienten fuhren nach Liestal, und dort wurde es bald zu eng. 1951 empfahl die «Fachkommission zur Begutachtung der Spitalbaufrage»: Zwei Spitalstandorte braucht das Baselbiet. Eins in Liestal und eins auf dem Bruderholz für die, die nah an der Stadt leben. 1962 wurde eröffnet.

Die Basler Tariferhöhung und der Bruderholz-Entscheid führten zum heutigen Spitalstreit: Würde man das Bruderholz schliessen, bräuchte es Kapazitäten. Nicht nur, weil Liestal ausgebaut werden müsste, auch wegen der Erreichbarkeiten. Im Talschaftskanton Baselland läge Pratteln zumindest einigermassen in der Mitte.

2019: Das Scheitern auf dem Gipfel der Fusionspläne

Spätestens in den 2000er-Jahren drehte der Wind. Das Universitätsspital Basel florierte, das Bruderholz wurde offen politisch hinterfragt. In den 2010er-Jahren arbeiteten Stadt und Land am vermeintlich grössten Wurf ihrer Spitalgeschichte: USB und Kantonsspital Baselland (KSBL) sollten fusionieren.

Doch das Vorhaben scheiterte 2019 an der Urne – das Nein aus der Stadt mit 56 Prozent gab trotz des Ja im Baselbiet mit 66,6 Prozent den Ausschlag. Letztlich scheiterte es vor allem wegen Anstellungsbedingungen; die Gesundheitsversorgung war in der Kontroverse zweitrangig. Was blieb, war die «Gemeinsame Gesundheitsregion», ein Regelwerk zur Zusammenarbeit, das bis heute Anpassungen und Kritik unterworfen ist. Zudem war der dritte Standort in Laufen, das alte Feninger-Spital, das erst 1953 neu gebaut worden war und durch den Kantonswechsel des Laufentals 1994 ins Portfolio des Landkantons stiess, damals schon zu wenig ausgelastet. 2024 wurde der Standort – unter lokalem Protest – in ein Gesundheitszentrum am Bahnhof umgewandelt.

2024: Die Schlacht um Pratteln – oder auch nicht

Und nun steht das Baselbiet plötzlich vor der grossen Diskussion, um alle Diskussionen um die Standorte zu beenden. 2024 warteten Gesundheitsdirektor Thomi Jourdan (EVP) und Finanzdirektor Anton Lauber (Mitte) mit «Gesundheit BL 2030» auf. Darin enthalten die grosse Frage, ob man in Pratteln neu bauen soll oder an Liestal und dem Bruderholz festhält. Ein Dutzend Varianten wurden vorher geprüft und wieder verworfen, von den Direktionen des Kantons, aber auch von externen Beratern.

Morgen Donnerstag wird die finale Vorlage aus der zuständigen Kommission diskutiert: Liestal und Bruderholz sollen es sein, mit Ausbauten. Ein Neubau in Pratteln würde doch zu teuer und vor allem zu ungewiss. Wenn es nach der Kommission geht, dürfte die Vorlage durchkommen – wenn auch knapp. Das letzte Wort, das liess die Regierung bereits verlauten, soll jedoch das Stimmvolk haben.